

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint

wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 M. Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27



Anzeigen

werden die Leihspalten 9 mm hohe (Reit) -Zeile über deren Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung entsprechender Plakate, Ankündigungen kosten pro Zeile 40 Pf. Verbindlichkeit für Plakate, Anzeigenschriften und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postfachkonto Frankfurt a. Main Nr. 20771.
Annahmehonorar für Offerten und Anzeigen beträgt 15 Pf. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 35.

Dienstag, den 23. März 1926.

19. Jahrgang.

Habe immer etwas Gutes im Sinn, und halte dich zu gut, etwas Besseres zu tun.

Die Wahlreform.

Seit noch nicht ganz sieben Jahren ist unsere jetzige Verfassung in Wirksamkeit. Trotz dieser nicht allzu großen Spanne Zeit hat sich mancherlei herausgestellt, was man sich eigentlich besser und vollkommener wünschen könnte, und man hat von Reformen gesprochen und gemeint, von Reformen der Wahlmethoden und selbst von Reformen der Verfassung. Eine Wahlreform-Novelle der Reichsregierung, die die Zahl der Reichstagsabgeordneten wenigstens derjenigen der Reichstagsabgeordneten gleichen soll und die außerdem durch eine starke Vermehrung der Wahlkreise und die damit zusammenhängende Beschränkung der Listen auf einen kleineren Kreis den Wert des einzelnen Abgeordneten mehr zur Geltung bringen soll, ist zur Zeit im Reichsanstifterium des Innern in Vorbereitung und wird hoffentlich bald dem Reichskabinett und dem Reichstag zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Die Notwendigkeit einer durchgreifenden Wahlreform ergibt sich ohne weiteres, wenn man sich die Nachteile vor Augen hält, daß die Parlamente des Reiches und der Einzelstaaten heute nicht weniger als 1500 Parlamentarier aufweisen. Auch kleinere Bundesstaaten scheinen momentan nicht ohne ihre mindestens 70 Landtagsabgeordneten auskommen zu können solche Listen seien eigentlich genug und lassen die Frage aufkommen, weshalb man nicht versucht, endlich von parlamentarischen Maschinen in Deutschland durch einen gefunden Abbau etwas Erleichterung zu verschaffen. Eine solche „Deflation“ des ganzen Apparates — wenn man so sagen darf — würde jedenfalls sehr ersparend wirken und außerordentlich heilsam sein.

Der Grund, weshalb die Wahlreform nicht so energisch betrieben wird, wie man es eigentlich in Anbetracht der Wichtigkeit des ganzen Fragenkomplexes annehmen sollte, liegt nur allzu klar. Es ist nämlich bis jetzt noch nicht gelungen, den Widerstand, den die Parteibürokratie einer Veränderung des jetzigen Zustandes entgegensetzt, zu überwinden. Die meisten Parteien scheuen sich, durch eine numerische Verkürzung des Reichstags einigen ihrer Anhänger Mandate wegzunehmen. Es besteht aber wohl kein Zweifel, daß das deutsche Volk eine Verringerung des parlamentarischen Apparates sehr begrüßen würde. Beweise dafür hat man zur Genüge in der offensichtlichsten Wahlmüdigkeit erhalten, denn diese Wahlmüdigkeit ist nichts anderes als die Befundung der Tatsache, daß der Wähler den Glauben an die Parteien und ihren Einfluß zu verlieren beginnt. Es besteht keine Verbindung mehr zwischen dem Abgeordneten und seinem Wähler, die persönliche Eühlungsnahe fehlt. Das Ziel jeder Wahlreform wird also darin bestehen müssen, ein Vertrauensverhältnis zwischen dem Volk und seinen erwählten Vertretern wieder herzustellen. Ein Vertrauensverhältnis ist aber nur möglich zwischen Leuten, die sich kennen. Kurzum, es gilt, soweit als möglich, dem zweifellos starken Bedürfnis der gesamten Wählerschaft, nicht nur Parteien, sondern auch Persönlichkeit zu wählen, Rechnung zu tragen.

Inwiefern die neue Vorlage des Reichsinnenministeriums Ritz diesen berechtigten Wünschen der Wähler Rechnung tragen wird, bleibt abzuwarten. Auf jeden Fall scheint die jetzige Regierung bereit zu sein, eine Reform dieser Art energisch in die Wege zu leiten. Ob sie instande sein wird, sie wirksam durchzuführen, das sicherlich im Interesse aller Parteien sein würde, was ist allerdings eine andere Frage. Es bedarf der tatkräftigen Mitarbeit des Reichstages, um ein Problem von solcher Tragweite zur Zufriedenheit des gesamten Volkes zu lösen.

Hindenburgs Rheinlandbesuch.

Die Befreiungsfeier in der Kölner Messenhalle.

Im Mittelpunkt der offiziellen Befreiungsfeier der Rheinlande stand der Festakt in der großen Kölner Messenhalle die lange vor Beginn der Feier bis auf den letzten Platz gefüllt war. Vor dem Podium hatten die Delegierten der Kölner- und der auswärtigen Uni-

versitäten mit ihren Mannern Aufstellung genommen. Im Hintergrunde des Podiums hatten sich die Wundungen des Reichsbanners aus dem ganzen Reich mit ihren schwarz-rot-goldenen Fahnen aufgestellt. Unter ihnen von der Stadt Köln geladenen Ehrengästen befanden sich der bayerische, der badische und der oberbayerische Ministerpräsident, sowie die namhaftesten Vertreter des Wirtschaftlebens und der weltlichen und kirchlichen Behörden, unter ihnen der Kölner Erzbischof Kardinal Schulte, der Landeshauptmann der Rheinprovinz Dr. Horion, die Regierungspräsidenten und die Oberbürgermeister der großen rheinischen Städte und viele andere. Um 11.15 Uhr betrat der Reichspräsident mit seiner Begleitung den Saal. Bei seinem Erscheinen wurden ihm feierliche Ovationen dargebracht. Eröffnet wurde die Feier mit einem Orgelvortrag, dem Gesangdarbietungen folgten. Darauf ergriff Oberbürgermeister Dr. Adenauer zu einer Ansprache das Wort, in der er einen geschichtlichen Ueberblick über die Leiden der jahrelangen Besatzungszeit gab und die Bemühungen um die Befreiung der Kölner Zone schilderte, wobei er besonders betonte, daß ohne London und Locarno diese Befreiungsfeier nicht möglich gewesen wäre. Der Oberbürgermeister begrüßte dann die Vertreter der Regierungen und der Parlamente, und vor allem den Reichspräsidenten. „Der jubelnde Willkommensgruß, der ihm aus dem Munde ungezählter Tausender entgegenhollt“, so führte Dr. Adenauer aus, „galt nicht allein der hohen Würde Hindenburgs als Staatsoberhaupt, er galt auch dem Manne, dem Treue und Hingabe an Vaterland und Volk die erste und vornehmste Pflicht ist, dem Herold und Führer wahrer Vaterlandsliebe, wahrer Volksgemeinschaft.“

Nach dem Oberbürgermeister sprach Innenminister Severing, der die Pflicht aller deutschen Länder betonte, den Rheinländern, die noch unter der fremden Herrschaft leiden, zu helfen und ihnen ihr schweres Los zu erleichtern. Der Minister versprach, daß, soweit Preußen in Betracht komme, schon in den nächsten Tagen die in Aussicht gestellte Hilfe eine greifbare Form annehmen werde, besonders auch für die Winzer werde die Hilfe einsezen.

Die Rede des Reichspräsidenten.

Als darauf der Reichspräsident v. Hindenburg das Wort ergriff, brachen die Anwesenden in nicht endenlosenden stürmische Jubelrufe aus. Nach einem Dank an die Stadt Köln für den freundlichen Empfang fuhr der Reichspräsident fort:

„Schmerzhaft bewegt gedankt mir unserer Brüder im übrigen Teile dieses sonst eine stolze Einheit bildenden Landes, die noch weiterhin die Last fremder Besatzung tragen müssen; wir grüßen sie treuen und dankbaren Herzens in der Hoffnung, auch mit ihnen bald in Freiheit wieder vereint zu sein. Warmen Herzens und in unauflöslicher Dankbarkeit gedankt mir in dieser Stunde aller, die in der schweren Not der vergangenen Jahre Leben, Freiheit und Heimat hingaben oder aufs Spiel setzten, um nicht dem Vaterland und seiner Ehre unrein zu werden. Alle diese Opfer sind nicht vergeblich gebracht worden; sie haben der Welt gezeigt, daß das Volk am Rhein fest und unbeweglich seine Volksgemeinschaft behauptet.“

In dem schweren Erleben der letzten Jahre hat uns der waffellose Kampf, den deutsche Männer und Frauen an der Ruhr wie am Rhein um ihr Deutschtum, um ihr Recht und ihre Freiheit kämpften, die tiefe Ueberzeugung gegeben, daß Deutschlands Sendung noch nicht erfüllt ist und sein Weg nicht im Niedergang endet. Wie sie, die diesen Kampf so tapfer bestanden, wollen wir uns alle zu diesem Glauben an deutsche Zukunft bekennen, die das Land am Rhein wieder in Freiheit mit dem übrigen Deutschland kraftvoll vereint. Und weiter lassen Sie uns hoffen, daß das deutsche Volk auch über den inneren Zwist und die Fehde des Tages hinweg durch einen neuen Geist brüderlicher Verständens emporgetragen werde zur Einheit und zu starkem gemeinsamen Empfinden seines Volkstums.“

Die Rede wurde zeitweise minutenlang durch stürmische Weisfalleufe und Gendarmen unterbrochen. Im Anschluß an die Worte des Reichspräsidenten wurde von den Festteilnehmern begeistert das Deutschlandlied gesungen. Die Kundgebung ist durch die Erbsfelder Frontstelle auf sämtliche deutschen Sender übertragen worden.

Hindenburg-Spende für den Kölner Dom.

Preußens Gaben an die Rheinprovinz.
Am Abend fand im Gürzenichsaal ein Festmahl gegeben von der Stadt Köln, statt, an dem die in Köln weilenden Minister und Ehrengäste teilnahmen. Reichspräsident von Hindenburg lag an der Ehrenspitze zwischen Oberbürgermeister Dr. Adenauer und Kardinal Schulte. Oberbürgermeister Dr. Adenauer brachte den Trinkspruch auf das deutsche Vaterland aus. Nach diesem Trinkspruch auf das deutsche Vaterland teilte er mit, daß der Reichspräsident aus seinem Dispositionsfonds die Summe von 100 000 Mark für die Wiederherstellung der Arbeiten am Kölner Dom zur Verfügung gestellt hat. Weiter sprach der Reichspräsident für die besetzten Gebiete Mark und der preussische Ministerpräsident Braun, der dem Oberbürgermeister Dr. Adenauer eine Baise überreichte als äußeres Symbol des Dankes Preußens an die rheinische Bevölkerung. Ferner wurden dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz 300 000 Mark zur Verfügung gestellt, um mehreren tausend Kindern aus der befreiten Zone und dem noch besetzten Gebiet im Sommer eine fechtmässige Erholungsfrist zu ermöglichen. Zum Schluß trank der bayerische Ministerpräsident Feld auf die baldige Befreiung der noch besetzten Gebiete. Nach Aufhebung der Tafel begab sich der Reichspräsident mit seiner Begleitung zum Alten Markt, wo ihm ein Fackelzug dargebracht wurde.

Politische Rundschau.

Berlin, den 23. März 1926.
Das Befinden des früheren Reichskanzlers Rathenau ist verschlechtert sich dauernd.

In einer sozialdemokratischen Parteiverammlung in Dresden-Streien wurde ein Antrag auf Ausschluß der zwölf sächsischen Landtagsabgeordneten, die der Mehrheitsgruppe im Sächsischen Landtage angehören, angenommen.

Reaktion des Steuerprogramms. Nach einer Rücksprache mit den Regierungsparteien hat die Reichsregierung ihre Steuerborlage in der Weise geändert, daß die Umsatzsteuer nicht auf 0,6, sondern nur auf 0,75 Prozent ermäßigt, die Einkommensteuer — ebenso wie die Schaumweinsteuer — vollständig aufgehoben und die Erhöhung der Biersteuer bis zum 1. Januar 1927 verschoben werden soll. Außerdem soll bei der Vermögenssteuer eine Erleichterung für die kleinen Vermögen eintreten. An der vollständigen Aufhebung der Luxussteuer zum 1. April wird festgehalten.

Rundschau im Ausland.

Die dänische Königin-Mutter Luise ist im Schloß Amalienborg bei Kopenhagen im Alter von 75 Jahren einer Lungenerkrankung erlegen.

Der Präsident der chinesischen Republik hat das Rücktrittsgesuch der Fingler Regierung, die nach dem blutigen Zusammenstoß zwischen den Truppen und den Studenten ihre Resignation zur Verfügung gestellt hatte, nicht angenommen.

Der Streit um die Rückgabe der deutschen Kolonien.

In der französischen Presse findet zurzeit eine interessante Erörterung über die Rückstärkung der deutschen Kolonien statt. Dabei wird mit großem Mißvergnügen vermerkt, daß England und immer von der Rückgabe der unter französischer Mandatsverwaltung stehenden Gebiete Kamerun und Togo spricht, aber selbst keine Opfer bringen will. Das Pariser Blatt „L'Homme Libre“ betont den hohen wirtschaftlichen Nutzen dieser beiden Kolonien für Frankreich. Wenn so schreibt das Blatt, die Nationen der Welt Deutschland vor seinem Eintritt in den Weltbündnis ein Opfer bringen wollten, so könne sich das friedliebende und hochherzige Frankreich dieser allgemeinen Stimmung nur anschließen (!), aber Frankreich wolle nicht allein die Kosten zahlen. (1) Sogar werde England sich bereit erklären, einen Anteil an Togo und Kamerun abzutreten, aber es handele sich nur um zwei Fünftel des französischen Anteils. Von Südafrika und Dharra werde von den Engländern nicht gesprochen. Wenn man Deutschland ein Opfer bringen wolle, so könne dies nur unter der Bedingung geschehen, daß Deutschland mit Togo und Kamerun auch die übrigen Gebiete seines früheren Kolonialreiches zurückbringe. Diesmal müsse sich England entschließen, aus seiner Anteil an der Operation zu bezugeln.

Pariser Aufregung über den Bericht Houghtons.

Der aufsehenerregende Bericht, den der amerikanische Volkshüter in London, Houghton, dem Präsidenten Coolidge über die „hoffnungslose Lage in Europa“ erstattet hat und in dem die Verantwortlichkeit an dem Schetteln der allgem. Ab-

Stresemann über Genf.

Die Rede des Reichsaussenministers vor dem Reichstag
— Berlin, den 22. März 1926.

In Anwesenheit des Reichszanlers Dr. Luther, des Reichsaussenministers Dr. Stresemann und der übrigen in Berlin anwesenden Mitglieder des Reichslabors hat der Reichstag heute mit der großen außenpolitischen Waise die zum letzten Mal gefüllt. Auf der Tagesordnung standen die Haushalte des Reichszanlers und des auswärtigen Amtes. Damit verbunden waren der Kommissarische Außenministerentwurf sowie die drei Vorschläge der Reichsnationalen, der Wälschen und der Kommunisten zur Fortsetzung des deutschen Außenministeriums für den Völkerbund.

Gleich zu Beginn der Sitzung gab es eine Uebertragung. Nicht der Reichstag hielt die große einleitende Rede, wie allgemein vermutet wurde, sondern Außenminister Dr. Stresemann hatte es übernommen, die Haltung der deutschen Delegation bei den Völkerbundsverhandlungen in Genf zu begründen und das Programm für die Fortführung der bisherigen Politik zu formulieren.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann

gung in seiner Rede zunächst an die Vorgeschichte von Genf an. Er stellte insbesondere fest, daß das Kabinett Marx keineswegs grundsätzlich seine Bereitwilligkeit zum Eintritt in den Völkerbund erklärte, aber sofort nach dem Eintritte in den Völkerbund erklärte, daß es die Frage des Beitritts zum Völkerbund nicht an die sich im Rat vereinigten Mächte und nicht durch Verträge feststellen, ob seine Fortsetzung eines ständigen Mitglieds ihre Zustimmung finden würde.

Zu dem Ende hat sich nach Ueberwindung schwerer grundsätzlicher Bedenken zum Eintritt in den Völkerbund entschlossen. Es hat sich nicht danach gedrängt, es ist zweifellos dem Reichsaussenminister über die Angelegenheit des Beitritts zum Völkerbund zur Kenntnis der Völkerbundsverhandlungen gebracht, und es wurde eine Sitzung des Völkerbundes einberufen, deren Zweck die Aufnahme Deutschlands war.

Deutschland hat sich nach Ueberwindung schwerer grundsätzlicher Bedenken zum Eintritt in den Völkerbund entschlossen. Es hat sich nicht danach gedrängt, es ist zweifellos dem Reichsaussenminister über die Angelegenheit des Beitritts zum Völkerbund zur Kenntnis der Völkerbundsverhandlungen gebracht, und es wurde eine Sitzung des Völkerbundes einberufen, deren Zweck die Aufnahme Deutschlands war.

Der Minister schilderte dann die Situation, wie sie sich im Eintritte der deutschen Delegation in Genf darstellte. Die Völkerbundsversammlung stand allgemein unter dem Eindruck, daß die Aufnahme Deutschlands das einzige Ziel der Versammlung sei. Gegen die Ansprüche Spaniens, Italiens und Polens hatte sich harter Widerspruch erhoben, der am stärksten in der öffentlichen Meinung Englands selbst war. Die schwedische Regierung hatte der deutschen Regierung und anderen Staaten offiziell mitgeteilt, daß sie gegen jede Vernehmung der ständigen Ratsmitglieder einmütig sei, als ihr das Begehren anderer Mächte nach ständiger Mitgliedschaft bekannt wurde, auf stärker geachtet, um ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen. Das Ergebnis des diplomatischen Meinungsaustausches war

die Besprechung der Völkerbundsmitglieder vor dem Aufbruch zum Völkerbund in Genf. Bei diesen Verhandlungen war die Situation dort vordereit ersichtlich und den Stütz des Kabinetts Briand.

In der Diskussion in Genf ist, so betonte Dr. Stresemann mit Nachdruck, der deutsche Standpunkt mit aller Entschiedenheit vertreten und kein Zweifel darüber hergestellt worden, daß eine Vernehmung der Mächte die Aufnahme Deutschlands zum Völkerbund zur Folge haben würde. Wir haben uns nicht prinzipiell ablehnend den Wünschen nach einer Vernehmung des Rates gegenüber verhalten, aber betont, daß diese Frage erst ihre grundsätzliche Regelung am Rate selbst finden müsse.

Der Minister kam dann auf den Vorschlag zu sprechen, von den Mächten Deutschland in Genf als „Kontrollant“ zuzulassen.

er und wozu Deutschland seinen ständigen Ratssitz erlangen, gleichgültig ob eine Vernehmung der nicht ständigen Mitglieder eintreten sollte. Auch diesen Vorschlag habe die deutsche Delegation prinzipiell bejaht. Dabei ist nicht maßgebend die Frage gewesen, ob Polen als solches einen Sitz erhalten sollte.

Der deutsche Standpunkt sei überhaupt nicht gegen eine bestimmte Macht gerichtet gewesen, sondern nur gegen das Prinzip der Erweiterung vor dem Eintritte Deutschlands.

Hätte Deutschland eine Veränderung der Konstruktion des Völkerbundes akzeptiert, dann wäre auch Deutschland dem Völkerbund inbegriffen, und die nicht ständigen Mitglieder hätten den deutschen Standpunkt nicht verlassen können. Infolgedessen der deutschen Delegation war die prinzipielle Veränderung des Rates erledigt.

Der Minister behandelte dann den dritten Abschnitt der Genfer Verhandlungen, als die schwedische Delegation sich bereit erklärte, auf ihr Mandat zu verzichten. Die deutsche Delegation habe den rein idealen Gesichtspunkt Schwedens durchaus geteilt. Sie habe aber nicht geglaubt, zu erklären, daß dieses Opfer verpflichtend wäre, da der politische Charakter des Völkerbundes in einer für Deutschland unerwünschten Weise geändert würde. Von den Gegenpartnern wurden mehrere Vorschläge gemacht. Es erwog der Gedanke, daß neben dem neutralen Staat auch ein Staat mit anderer Einstellung vertragen müßte. Am nächsten Tage stellte die schwedische Delegation ihren Vorschlag zur Verfügung. Da kam die Mitteilung des britischen Vertreters. Damit war überhaupt der Ausgangspunkt der ganzen Stellung Deutschlands gebrochen. Es entstand dann die Frage: Was wird aus Varnano? Wir wissen uns, daß die Auflassung aller beteiligten Mächte dahin ging.

Die Politik von Varnano fortzusetzen. Der Ausgang der Verhandlungen in Genf, so fuhr der Minister fort, ist tief zu bedauern. In erster Linie ist der Völkerbund selbst leidtragend.

Deutschland steht jetzt vor der Entscheidung, ob es angesichts der Krisis des Völkerbundes seine grundsätzliche Einstellung gegenüber dem Völkerbunde ändern soll oder nicht. Es handelt sich geradezu um einen Kampf um unsere Stellung im Völkerbund. Wir haben diesen Kampf fortzusetzen, zumal der Völkerbund sich in seiner überwiegenden Mehrheit auf den Standpunkt gestellt hat, Deutschland als Mitglied des Völkerbundes zu sehen.

Dr. Stresemann suchte dann nachzuweisen, daß Deutschland weder moralisch, noch juristisch geschädigt aus Genf hervorgegangen ist. Unsere Hauptaufgabe war, die Varnanopolitik nicht in den Abgrund fallen zu lassen. Zum Schluß betonte der Minister, daß trotz aller Rückschlüsse die deutsche Fortschrittler Fortschrittler mache. Es ist, so versicherte der Minister, die einmütige Absicht der deutschen Reichsregierung, die bisherige Politik auf dieser Bahn fortzuführen, und sie ist überzeugt, daß sie bei sachlicher Würdigung des Geschehenen die große Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich haben wird.

Ein Zwischenfall.

Die Rede des Außenministers wurde von den Regierungsparteien mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Kurz bevor Dr. Stresemann seine Rede beendete, kam es noch zu einem Zwischenfall. Als der völkische Abg. v. Graefe die Ausführungen des Ministers als „Taschenspielerkunststücke“ bezeichnete, verbat sich der Minister diese „Unverschämtheit“. Präsident Eise rief den Abg. v. Graefe zur Ordnung und fügte hinzu, daß auch die Antwort des Ministers nicht parlamentarisch gewesen sei.

Die Reichsnationalen gegen Varnano und Genf.

Abg. Graf Bethau (Dnl.) lehnte namens seiner Partei mit Schärfe den Beitritt zum Völkerbund ab, der den Versuch mache, das, was in Genf geschah, sei, zu beschönigen. Wir sehen in Genf einen vollen Zusammenbruch, einen Deutschland schwer schädigenden Mißerfolg der Völkerbundsdelegation. Ueber den beiden deutschen Delegierten, die das Verhalten in der Welt geschädigt haben. Der Reichstag und der Reichsaussenminister sind bei ihrem Mißerfolg nicht mehr zu verantworten. Unterhändler für die kommenden Verhandlungen des Sommers. (Zustimmung rechts.) In der Varnano- und Völkerbundsdelegation nur Enttäuschungen und

Enttäuschungen Deutschlands. Zweitemals, die einen Zusammenbruch ihrer persönlichen Politik erlebt haben, für deren Fortführung nicht mehr geeignet. Der von Varnano und Stresemann empfohlene Weg in den Völkerbund ist durch die Erfahrung des deutschen Eintritts gescheitert.

Die Regierungsparteien verlangen Garantien

Abg. Kaas (Str.) erklärte die Grundursache des Mißerfolges darin, daß man in Varnano bereits den Völkerbundsmitgliedern mit Polen heimliche Vänderride unter der Hand überlassen hat. Die Regierung vor der Abreise nach Genf hätte darüber schaffen müssen, ob Polen ein Mitglied sein würde, wenn die deutsche Bereitwilligkeitserklärung aus dem Varnanopolitik erst in einem späteren Zeitpunkt nach Verhandlung mit dem deutschen Varnanopolitik wäre. Diese Kritik im einzelnen ändert nichts an der Haltung der deutschen Delegation in Genf, die den Interessen und der deutschen Würde dienlich nach dem vorliegenden ersten und zweiten Varnanopolitik durch Garantien gedeckt sein, die in bindender Weise derartige Möglichkeiten ausschließen, wie sie sich in Genf ereignen.

Abg. Frhr. v. Rheinbaben (Z. V.) billigte die Haltung der deutschen Delegation in Genf. Es war auch notwendig, daß die Kundgebung über die Fortsetzung der Varnanopolitik unmittelbar nach dem Scheitern der Konferenz herausgegeben wurde. Wir haben auch ein großes Interesse daran, daß die Varnanopolitik bald wieder in die Straft gelangen. Wir sollten erlauben, daß die Aufnahme Polens in den Völkerbund für uns eine unheimlich schwere Belastung bedeuten würde, weil wir in Deutschland gegenüber niemals auf den Völkerbund gestellt hat. Wenn Deutschlands Eintritt in den Völkerbund überhaupt noch einmal in Frage kommt, dann nur in der gleichen Sicherung gegen eine Wiederholung solcher Dinge, wie sie in Genf vorkamen.

Abg. Stöder (Romm.) kritisierte scharf das Verhalten der deutschen Delegation in Genf und warnte vor dem Eintritt in den Völkerbund.

Abg. Graf v. Bernstorff (Dem.) hob hervor, daß die Niederlage Deutschlands in Genf nicht die Niederlage der deutschen Nation sei. Eine Reform des Völkerbundes liegt gerade im deutschen Interesse. Der Völkerbund war bisher ein Machtmittel der Siegerstaaten. Das würde sich durch den Beitritt Deutschlands ändern. Darum wollen wir die deutsche Mitwirkung an der Reform der Völkerbundsorganisation.

Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Vgl.) sprach sich grundsätzlich für den Gedanken der Befriedigung Europas auf dem internationalen Verhandlungsausschuss. Der Zeitpunkt für den Eintritt in den Völkerbund sei für Deutschland aber noch nicht gekommen. Der Mißerfolg von Genf war zu erwarten.

Abg. Graf Berchthold (Bayer. V.) nannte Genf einen Rückschlag in die Methoden der alten Politik. Die Varnanopolitik stimme der Billigungsformel der Regierungsparteien zu, weil sie die Fortsetzung der bisherigen Varnanopolitik wünscht.

Darauf wurde die Aussprache abgebrochen und die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr vertagt.

Der Billigungsantrag der Regierungsparteien.

Berlin, 23. März. Die Regierungsparteien haben folgenden Billigungsantrag gestellt: „Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung und die Haltung der deutschen Abordnung in Genf. Er beauftragt den den berechtigten deutschen Erwartungen nicht entsprechenden Ausgang der Genfer Verhandlungen. Er erwartet von der Reichsregierung die alsbaldige Erwirkung von Garantien dafür, daß die Bedingungen des Vertragswertes von Varnano, insbesondere im besetzten Gebiete, mit größter Bestrengung einer den berechtigten deutschen Forderungen Rechnung tragenden Lösung zugeführt und so die dem ergebnislosen Verlauf der Verhandlungen in Genf vereinbarten Erklärungen über Anfechtung und Fortführung der Varnanopolitik wirksam werden.“

Was ???
Sie kennen sie noch nicht,
Die Patent Erhaco-Spange mit dem Drehsteckverschluss
Die einzige Spange ohne Reparatur
Die Königin aller Spangen. Sie allein gibt jeder Frisur das vollendete Aussehen. Ausgezeichnet mit 2 deutschen Reichspatenten und Patenten in allen Kulturstaaten. Liberal zu haben. Wo nicht geben Verkaufsstellen bekannt die alleinigen Erfinder und Fabrikanten
SANITARIA Cassel-R., Fernruf 1767 u. 6649.

Streuwannen
Stück Mk. 1,—
Richard Mohr.

Frische Fische
Montags und Donnerstags
Räucherwaren Marinaden u. Seemuscheln
Frau Marie Pfeil.

Zur Konfirmation
blühende Topfpflanzen
empfeht
Gärtnerei Emil Werkmeister.

Mittwoch
Frische Fische
Richard Mohr.
Als Osterschlager
gebe ich 1 kg. Dose Erbsen
oder 1 „ „ Erbsen-Karotten
zu 50 Pfg. per Dose ab
Richard Mohr.

Für mein Büro suche ich
Gesichtslehrling
mit guter Schulbildung und schöner Handschrift.
Otto Fenner.
Gemischter Chor
„Liederkränzen“
Donnerstag abend
Gesangsstunde
Der Vorstand.
Inferieren bringt Gewinn!
Apothekesch Spangenberg.

Erhebung der Grundsteuer.
Am Donnerstag, den 25. März 1926 vorm. von 9—12 Uhr findet die Erhebung der Grundsteuer — erste Halbjahrsrate — der H.-S. Brandes sicherungsanstalt für 1. Halbjahr 1926 in der Walthausstr. Frankfurt a. M.
Die Zahlungspflichtigen werden aufgefordert, die Grundsteuer — 8 Pfennig von je 100 Mk. Umlagebetrag — unter Vorlegung des neuen grünen Grundsteuerzettels zur angegebenen Zeit zu zahlen. Bei Vermeidung der Zahlung entziehen erhebliche Unkosten. Die Zahlungszettel sind bei der Zahlung der zweiten Halbjahrsrate am 28. August 26 zu zulegen.
Zinsen und Abzüge für die Landestreditkassen werden jetzt nicht erhoben. Darüber folgt besondere Mitteilung.
Es wird darauf hingewiesen, daß bei der Landestrentenrechnung auf Abzug von Grundsteuer zu achten ist. Einmündliche Veräußerung zu sehr günstigen Bedingungen entgegengenommen werden und Auskunft hierüber erteilt wird.
Melsungen, den 18. März 1926.

Die Landesrenten.
Kontrollbuch über die Reinigung der Schornsteine.
Es wird noch einmal darauf hingewiesen, daß nach § 2 der Bezirkspolizeiordnung über die Reinigung der Schornsteine vom 1. 6. 1906 (Amtsbl. S. 194) jeder Hauseigentümer oder dessen Vertreter verpflichtet ist, ein Kontrollbuch nach dem vorgeschriebenen Muster zu halten. Dieses Buch ist nach jeder Reinigung des Schornsteins zu führen, der die ausgeführt hat, zwecks Vornehmen der erforderlichen Eintragungen zu zulegen. Die Spalte 1—3 sind von dem Schornsteinfeger auszufüllen. Die Ausfüllung der Spalte 9 bleibt dem Hauseigentümer oder dessen Vertreter freigestellt.
Spangenberg den 22. März 1926.
Die Polizeiverwaltung
Egier.